

Antworten der FDP Berlin auf die Wahlprüfsteine von weltgewandt e.V. zur Abgeordnetenhauswahl 2026

Sehr geehrte Frau Bickhardt,

vielen Dank für Ihre Anfrage und die Möglichkeit, zu den Fragen aus dem Umfeld Ihres Instituts Stellung zu nehmen. Wir schätzen den Ansatz, politische Positionen nicht nur in Schlagworten, sondern entlang konkreter gesellschaftlicher Fragen sichtbar und diskutierbar zu machen. Gerade in einer pluralistischen Demokratie ist es wichtig, Unterschiede in den politischen Vorstellungen klar zu benennen und zugleich den respektvollen Austausch zu pflegen.

Für die Beantwortung Ihrer Fragen haben wir auch Künstliche Intelligenz genutzt. Unsere Antworten basieren auf unserem Wahlprogramm für die Abgeordnetenhauswahl 2026 sowie auf den Beschlüssen der FDP Berlin und wurden durch die Fachsprecherinnen und Fachsprecher des Landesvorstands geprüft und überarbeitet.

Gerne beantworten wir Ihre folgenden Fragen.

1/ Was möchten Sie tun, um Wohnen in Berlin zu ermöglichen und bezahlbar zu machen?

Berlin braucht vor allem deutlich mehr Wohnungen. Deshalb wollen wir schneller und einfacher bauen, zusätzliche Flächen mobilisieren, neue Stadtquartiere entwickeln, Dachausbauten und Nachverdichtung erleichtern und Genehmigungsverfahren spürbar beschleunigen. Auch bestehende Potenziale müssen konsequenter genutzt werden, bevor Wohnraummangel durch immer neue Regulierung lediglich verwaltet wird. Gleichzeitig wollen wir staatlich verursachte Mietnebenkosten senken und Baukosten dort reduzieren, wo Vorschriften keinen angemessenen zusätzlichen Nutzen schaffen. Für Menschen mit geringem Einkommen setzen wir langfristig stärker auf zielgenaue Unterstützung der Mieter statt auf pauschale Eingriffe in den gesamten Wohnungsmarkt. Auch Eigentumsbildung gehört für uns zu bezahlbarem Wohnen. Wir wollen 200.000 Berliner mehr in Wohneigentum bringen: Unter anderem wollen wir einen Grunderwerbsteuerfreibetrag von 750.000 Euro beim Erwerb selbstgenutzten Wohneigentums. Unser Ziel ist ein vielfältiger Wohnungsmarkt mit mehr Angebot, unterschiedlichen Eigentumsformen und wieder mehr Beweglichkeit statt dauerhafter Mangelverwaltung.

2/ Wie stehen Sie zum Vergesellschaftungsgesetz, das von "Deutsche Wohnen Enteignen" erarbeitet wird und wie zum "Rahmengesetz", das von CDU/CSU und SPD als Gegenmittel zu einer Vergesellschaftung eingesetzt werden soll?

Wir lehnen die Vergesellschaftung privater Wohnungsbestände ab – unabhängig davon, auf welchem konkreten Gesetzesmodell sie beruht. Sie schafft keine zusätzliche Wohnung, bindet erhebliche öffentliche Mittel und schwächt das Vertrauen in den Schutz privaten Eigentums. Gerade in einer Stadt mit massivem Wohnraummangel sollten öffentliche Mittel in Bauland, Infrastruktur, schnellere Genehmigungen und zusätzlichen Wohnungsbau fließen. Hinzu kommen lange rechtliche Auseinandersetzungen und erhebliche Unsicherheiten für Investitionen in den Berliner Wohnungsmarkt. Das erschwert aus unserer Sicht genau das, was Berlin am dringendsten braucht: mehr Neubau durch unterschiedliche private, genossenschaftliche und öffentliche Akteure. Deshalb wollen wir die Möglichkeit solcher Vergesellschaftungen dauerhaft überwinden und setzen uns für eine Abschaffung von Art. 15 GG ein

3/ Welche ersten Entscheidungen möchten Sie treffen, um die Bildung in Berlin (Schulen, Berufsschulen) zu verbessern?

Bildung ist für uns ein Kernthema. Wir würden zuerst dort ansetzen, wo Bildungsbiografien entschieden werden: bei Sprache, Grundlagenkompetenzen, Unterrichtsqualität und verlässlichen Strukturen. Dazu gehören verbindliche Sprachstandserhebungen, Sprachförderung von Anfang an und ein qualifizierendes Vorschuljahr. Schulen sollen mehr Eigenverantwortung bei Personal und Budget erhalten und gleichzeitig verlässlich ausgestattet werden. Die Personalausstattung wollen wir auf 110 Prozent anheben, um Unterrichtsausfall besser aufzufangen. Lehrkräfte müssen von unnötiger Bürokratie entlastet und durch IT-Fachkräfte unterstützt werden. Zugleich wollen wir Fortbildungen verbindlicher und stärker am tatsächlichen Bedarf ausrichten. Berufsschulen und Oberstufenzentren wollen wir digital modernisieren, Berufsorientierung, Werkunterricht und Entrepreneurship Education stärken. Akademische und berufliche Bildung sollen gleichwertige Aufstiegswege sein. Deshalb wollen wir auch mehr junge Menschen frühzeitig mit Ausbildungsmöglichkeiten und dem dualen System vertraut machen. Ein Berliner Schulabschluss muss wieder verlässlich Ausbildungs- oder Studierfähigkeit bescheinigen und jungen Menschen echte Perspektiven eröffnen.

4/ Wie interpretieren Sie politische Bildung? Was möchten Sie dafür tun, diese zu fördern?

Politische Bildung soll Menschen befähigen, selbst zu urteilen – nicht ihnen vorgeben, was sie zu denken haben. Deshalb sind für uns Kontroversität, eigenständige Urteilsbildung und das Überwältigungsverbot zentral. Wir wollen Fortbildungsangebote für Lehrkräfte konsequent am Beutelsbacher Konsens und insbesondere am Kontroversitätsgebot ausrichten. Dazu gehören historische Bildung, Demokratie- und

Menschenrechtsbildung, Begegnungsformate und eine deutlich stärkere Medienkompetenz. Gerade in digitalen Öffentlichkeiten müssen junge Menschen lernen, Quellen einzuordnen, Interessen hinter Informationen zu erkennen, Desinformation zu prüfen und unterschiedliche Argumente gegeneinander abzuwägen. Politische Bildung sollte zudem Räume eröffnen, in denen auch kontroverse Positionen sachlich diskutiert werden können, solange sie sich im Rahmen der freiheitlich-demokratischen Grundordnung bewegen. Dazu gehört auch, dass politische Bildung nicht parteipolitisch vereinnahmt wird. Politische Bildung ist für uns dann erfolgreich, wenn sie mündige Bürger hervorbringt, die Widerspruch aushalten, eigene Überzeugungen überprüfen, Argumente prüfen und demokratisch miteinander streiten können.

5/ Würden Sie der Einsetzung einer Minderheitsregierung in Berlin zustimmen? Welche Gründe sprächen dafür, welche dagegen? Was beabsichtigen Sie zur Deeskalation des Krieges in der Ukraine durch Diplomatie beizutragen?

Eine Minderheitsregierung kann parlamentarisch legitim sein. Entscheidend wären für uns Stabilität, ein tragfähiges Reformprogramm und die Gewähr, dass Regierungshandeln nicht von extremistischen Kräften abhängig wird. Ein solches Modell ist daher weder grundsätzlich auszuschließen noch Selbstzweck. Es kann parlamentarische Debatten stärken und dazu führen, dass für einzelne Vorhaben breitere Mehrheiten gesucht werden. Gleichzeitig verlangt es besondere Verlässlichkeit bei Haushalt, Gesetzgebung und zentralen Reformvorhaben und kann politische Entscheidungen erschweren, wenn tragfähige Mehrheiten regelmäßig fehlen. Für uns wäre deshalb entscheidend, ob Berlin dadurch tatsächlich besser und verlässlicher regiert werden kann.

Die Außenpolitik liegt nicht in der Kompetenz Berlins. Politisch stehen wir für eine diplomatische Lösung, die das Selbstbestimmungsrecht und die territoriale Integrität der Ukraine wahrt. Diplomatie und Unterstützung der Ukraine sind für uns keine Gegensätze. Verhandlungen können zu Frieden führen, wenn sie nicht dazu führen, dass militärische Aggression darüber entscheidet, welche Grenzen und welche staatliche Souveränität künftig gelten. Diplomatische Initiativen müssen daher die Ukraine als souveränen Akteur einbeziehen und dürfen nicht über ihre Köpfe hinweg erfolgen. Auch auf Landesebene kann Berlin durch Unterstützung ukrainischer Geflüchteter, wissenschaftlichen Austausch und Städtepartnerschaften einen Beitrag zur europäischen Solidarität und zu langfristiger Verständigung leisten.

6/ Welche Maßnahmen werden Sie unternehmen, um Formen kognitiver Kriegsführung durch die Bundesregierung, den Berliner Senat einschließlich Regierendem Bürgermeister, das Abgeordnetenhaus, Medien und Vereine sowie

Unternehmen, die mehrheitlich durch staatliche Fördermitteln finanziert werden, entgegen zu wirken?

Die Einschätzung, staatliche Institutionen, Medien oder geförderte Vereine betrieben generell „kognitive Kriegsführung“, teilen wir nicht. Das zugrunde liegende Anliegen – Schutz vor Manipulation, Propaganda, Desinformation und einseitiger Einflussnahme – nehmen wir jedoch sehr ernst. Unsere Antwort darauf ist keine staatliche Wahrheitsinstanz, sondern mehr Transparenz, Informationsfreiheit und Medienkompetenz. Öffentliche Förderung darf nicht dazu führen, dass legitime politische Kontroversen durch staatliche Mittel einseitig entschieden werden. Förderentscheidungen müssen deshalb transparent, nachvollziehbar und an rechtsstaatliche Kriterien gebunden sein. Ebenso müssen ausländische Einflussoperationen, koordinierte Desinformation und hybride Bedrohungen offengelegt und sicherheitsbehördlich ernst genommen werden. Entscheidend ist zugleich, Bürger in die Lage zu versetzen, Informationen selbstständig zu bewerten und zwischen Meinung, Information und gezielter Manipulation unterscheiden zu können. Wir setzen deshalb auf mündige Bürger, nachvollziehbare staatliche Entscheidungen, pluralistische Debatten, unabhängige Medien und einen starken Schutz der Meinungsfreiheit.

7/ Was werden Sie gegen die Beschneidung des Informationsfreiheitsgesetzes und für die Beibehaltung des Portals "Frag den Staat e. V." als Teil der Open Knowledge Foundation tun?

Informationsfreiheit ist für uns eine wesentliche Voraussetzung demokratischer Kontrolle. Einschränkungen des Berliner Informationsfreiheitsrechts sehen wir deshalb kritisch, soweit pauschale Ausnahmen an die Stelle einer konkreten Abwägung berechtigter Sicherheits- oder Datenschutzinteressen treten. Unser Ziel geht darüber hinaus: Berlin braucht ein modernes Transparenzgesetz und ein leicht durchsuchbares Transparenzportal, auf dem staatliche Informationen grundsätzlich proaktiv zugänglich sind. Open Data soll zum Regelfall werden, soweit keine überwiegenden Schutzinteressen entgegenstehen. Staatliches Handeln wird glaubwürdiger, wenn Entscheidungsgrundlagen, Verträge, Gutachten und Verwaltungsdaten transparent nachvollzogen werden können. Auch Verwaltungshandeln selbst kann durch offene Daten effizienter und besser überprüfbar werden. Zivilgesellschaftliche Angebote wie FragDenStaat leisten einen wichtigen Beitrag, Informationsrechte praktisch nutzbar zu machen und staatliches Handeln nachvollziehbar zu halten. Informationszugang sollte nicht von besonderer Hartnäckigkeit, Zeit oder juristischer Erfahrung einzelner Antragsteller abhängen, sondern möglichst selbstverständlich Bestandteil eines transparenten Staates sein.

8/ Wie möchte Ihre Partei die Besteuerung in Berlin gestalten, um auf einen höheren sozialen Ausgleich hinzuwirken?

Wir verstehen sozialen Ausgleich nicht als möglichst hohe Besteuerung, sondern als faire Chancen, Aufstiegsmöglichkeiten und gezielte Unterstützung dort, wo sie tatsächlich benötigt wird. Deshalb lehnen wir Steuererhöhungen ab und wollen entstehende finanzielle Spielräume für Entlastungen nutzen. Besonders wichtig ist uns, Hürden für Vermögensbildung zu senken. Beim selbstgenutzten Wohneigentum wollen wir einen Grunderwerbsteuerfreibetrag von 750.000 Euro einführen. Für Selbstständige und kleinere Unternehmen wollen wir steuerliche Belastungen ebenfalls reduzieren und vorhandene landespolitische Spielräume nutzen. Sozialpolitisch setzen wir stärker auf zielgenaue Unterstützung von Menschen mit geringem Einkommen als auf pauschale Subventionen, von denen auch Haushalte profitieren, die sie nicht benötigen. Entscheidend ist für uns auch, dass Menschen durch Arbeit und Qualifikation tatsächlich mehr von ihrem Einkommen behalten. Sozialer Ausgleich entsteht nicht allein durch Umverteilung, sondern auch dadurch, dass Menschen Vermögen aufbauen, Wohneigentum erwerben, sich selbstständig machen oder beruflich aufsteigen können. Sozialer Ausgleich, Eigenverantwortung und Aufstiegschancen gehören für uns deshalb zusammen.

9/ Wie interpretieren Sie die sogenannte Brandmauer? Was spricht aus Ihrer Sicht für ein solches Kontaktverbot zur AfD, was dagegen?

Wir halten den Begriff „Brandmauer“ für weniger entscheidend als die politische Konsequenz dahinter: Mit der AfD gibt es für uns keine politische Zusammenarbeit. Ihre nationalistischen und in Teilen völkischen Vorstellungen widersprechen unserem liberalen Menschenbild, das die Würde, Freiheit und Individualität jedes einzelnen Menschen in den Mittelpunkt stellt. Zugleich halten wir nichts davon, eigene politische Überzeugungen davon abhängig zu machen, ob die AfD zufällig dieselbe Position vertritt oder einem Antrag zustimmt. Demokratische Parteien müssen ihre Entscheidungen aus eigener Überzeugung treffen und dürfen ihre inhaltliche Handlungsfähigkeit nicht vom Abstimmungsverhalten anderer Parteien abhängig machen. Ein pauschales Kontaktverbot darf zudem nicht dazu führen, dass die parlamentarische Auseinandersetzung eingestellt wird. Politische Abgrenzung bedeutet für uns gerade keine Verweigerung der Debatte. Extremistische und illiberale Positionen müssen argumentativ gestellt, offen kritisiert und im demokratischen Wettbewerb zurückgedrängt werden. Demokratische Klarheit zeigt sich für uns in den eigenen Grundsätzen, im konkreten Handeln und in der konsequenten Verteidigung der freiheitlich-demokratischen Ordnung.

10/ Für den Fall, Ihre Partei wäre an einer Berliner Regierung beteiligt oder stellte die Mehrheit: Welche Maßnahmen würden Sie mit Bezug auf das Thema Migration und Integration ergreifen?

Einwanderung ist Chance, Integration ist Pflicht. Berlin braucht Fachkräfte und soll eine weltoffene Einwanderungsmetropole bleiben. Gleichzeitig erwarten wir von Menschen, die dauerhaft hier leben wollen, die Anerkennung unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung, die Akzeptanz unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens und die Bereitschaft, sich einzubringen. Sprach- und Integrationsangebote müssen deshalb vom ersten Tag an beginnen; Deutschkurse sollen bei entsprechendem Bedarf verbindlich sein. Geflüchtete Kinder wollen wir früh in Kitas und Schulen integrieren, junge Menschen ohne Berufsabschluss gezielt zur Ausbildungsreife führen und ausländische Berufs- und Studienabschlüsse schneller anerkennen. Der Berliner Business Immigration Service soll kundenorientierter und schneller arbeiten, damit qualifizierte Einwanderung nicht an Verwaltungsverfahren scheitert. Gleichzeitig wollen wir Integration stärker mit dem Zugang zu Ausbildung und Arbeitsmarkt verbinden, denn Arbeit schafft Eigenständigkeit, soziale Kontakte und gesellschaftliche Teilhabe. Zugleich braucht es klare und rechtsstaatliche Verfahren bei Menschen ohne Bleiberecht. Unser Grundsatz ist: legale Einwanderung in Arbeit erleichtern, irreguläre Migration begrenzen und Integration durch Sprache, Bildung, Arbeit und gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen.

11/ Wenn Sie Ihren Blick über einen Fünf-Jahres-Zeitraum weiten: Welche visionären Ziele verfolgen Sie, und inwiefern würden diese auf eine grundsätzliche Umgestaltung der Gesellschaft hinauslaufen?

Unsere Vision ist keine staatlich geplante Umgestaltung der Gesellschaft. Wir wollen die Voraussetzungen schaffen, unter denen Menschen ihre Gesellschaft selbst gestalten können. Berlin soll eine Bildungs-, Forschungs- und Gründungsmetropole mit funktionierender digitaler Verwaltung, deutlich mehr Wohnraum, soliden Finanzen, leistungsfähiger Infrastruktur und starken Bürgerrechten werden. Dazu gehört für uns eine Verwaltung, die Dienstleistungen digital und zuverlässig erbringt, Entscheidungen schneller trifft und Bürger nicht mit unnötigen Verfahren belastet. Langfristig wollen wir Berlin vom Empfänger- zum Geberland entwickeln und wirtschaftliches Wachstum wieder stärker aus Innovation, Unternehmertum und Forschung ermöglichen. Berlin und Brandenburg wollen wir über verbindliche gemeinsame Strukturen enger zusammenführen, perspektivisch bis hin zu einem gemeinsamen Bundesland. Unser gesellschaftliches Leitbild bleibt dabei die offene Bürgergesellschaft: Der Staat setzt faire Regeln, gewährleistet Sicherheit, schützt Freiheit und Eigentum und eröffnet Chancen. Er soll gesellschaftliche Entwicklung ermöglichen, aber nicht zentral planen. Die grundlegende Veränderung, die wir anstreben, ist daher vor allem eine Veränderung staatlicher Haltung: weniger Bevormundung, mehr Vertrauen, Verantwortung, Leistungsbereitschaft und Freiheit.

Wir danken Ihnen sehr für Ihre Anfrage und für die Möglichkeit, unsere Positionen zu diesen unterschiedlichen und teilweise grundsätzlichen Fragen darzustellen. Die

Bereitschaft, politische Auffassungen miteinander ins Gespräch zu bringen und unterschiedliche Perspektiven sichtbar zu machen, halten wir für einen wichtigen Bestandteil einer lebendigen demokratischen Kultur.

Für einen weiteren persönlichen Austausch über die angesprochenen Themen stehen wir Ihnen und den Teilnehmern Ihrer Veranstaltungen sehr gern zur Verfügung. Fragen und Antworten zu diesem Wahlprüfstein werden wir auch auf unserer Website veröffentlichen.

Mit freundlichen Grüßen

Christoph Meyer

Landesvorsitzender und Spitzenkandidat der FDP Berlin